

## Branchendialog 01.09.2015

**BERLIN** (Eigener Bericht) - Die Bundesregierung bekennt sich nachdrücklich zur Förderung der deutschen Rüstungsindustrie. In einem entsprechenden "Strategiepapier", das das Kabinett unlängst verabschiedet hat, werden unter anderem "verstärkte Investitionen" in die Entwicklung "verteidigungsrelevanter Technologien" angekündigt. Zudem ist eine forcierte "exportpolitische Flankierung" der Geschäftstätigkeit deutscher Waffenschmieden vorgesehen. Diese könne bei Bedarf auf nicht der EU oder der NATO angehörende "Drittstaaten" ausgedehnt werden und umfasse explizit auch die Ausfuhr von Kriegswaffen, heißt es. Geplant ist außerdem der Abschluss bilateraler Vereinbarungen mit "Partnerstaaten", um die "Chancen deutscher Unternehmen" bei "großen ausländischen Beschaffungsvorhaben" von Rüstungsgütern zu verbessern. Die genannten Maßnahmen folgen den Forderungen deutscher Waffenbauer, die sich bereits seit längerem in einem "Dialog" mit Vertretern der Bundesregierung befinden. Ergebnis der Beratungen war nicht zuletzt die Ankündigung von Vizekanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), Rüstungsfirmen beim "Einstieg in die Wachstumsmärkte der zivilen Sicherheitstechnologien" ebenso zu unterstützen wie bei "Kooperationen mit Entwicklungs- und Schwellenländern".

### Nationale Schlüsseltechnologien

In einem unlängst verabschiedeten "Strategiepapier" bekennt sich die Bundesregierung explizit zur Förderung der deutschen Rüstungsindustrie. Angekündigt werden darin unter anderem "verstärkte Investitionen" in die Entwicklung "verteidigungsrelevanter Technologien": "Sicherheit und Unabhängigkeit durch Kompetenz im Bereich kritischer verteidigungsindustrieller Schlüsseltechnologien ist für Deutschland als führende Industrienation ... von zentraler Bedeutung." Die besagten "Schlüsseltechnologien", deren "Verfügbarkeit" laut Kabinett "aus nationalem Sicherheitsinteresse zu gewährleisten ist", sollen erklärtermaßen dazu beitragen, die Kriegsführungsfähigkeit der BRD zu steigern. Konkret geht es dabei um das Gefecht mit verbundenen Waffen im Rahmen der "vernetzten Operationsführung" von Heer, Luftwaffe und Marine sowie um Spionagesensoren, "gepanzerte Plattformen", "Unterwassereinheiten" und Maßnahmen zum Schutz der kämpfenden Truppe. Zwar reden die Autoren des "Strategiepapiers" über weite Strecken der "Europäisierung" der Rüstungsindustrie das Wort, weil deutsche Unternehmen aufgrund ihrer herausragenden "Wettbewerbsfähigkeit" hierbei "viel einzubringen" hätten; die genannten "Fähigkeitsdomänen" jedoch sollen ausschließlich unter nationaler Verfügungsgewalt stehen: "Bei der Abwägung außen-, europa- und verteidigungspolitischer Interessen im Rahmen von Beschaffungsentscheidungen wird der Erhalt ausgewählter verteidigungsindustrieller Schlüsseltechnologien berücksichtigt."[1]

### Exportpolitische Flankierung

Darüber hinaus verspricht die Bundesregierung der deutschen Rüstungswirtschaft ausdrücklich die "exportpolitische Flankierung" ihrer Geschäftstätigkeit. Wörtlich erklären die Autoren des "Strategiepapiers", man wolle "die Verteidigungsindustrie bei ihren Aktivitäten insbesondere in EU-, NATO- und der NATO gleichgestellten Ländern ... unterstützen". Diese Unterstützung könne auch "auf sogenannte Drittstaaten ausgedehnt werden, wenn ... für den Export von Kriegswaffen besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen sprechen", heißt es weiter. Angekündigt wird zudem der Abschluss "bilaterale(r) Ressort- oder Regierungsvereinbarungen" mit nicht näher spezifizierten "Partnerstaaten", damit "die Chancen deutscher Unternehmen bei großen ausländischen Beschaffungsvorhaben verbessert werden können".[2]

### Erfolgreiche Lobbyarbeit

Das "Strategiepapier" der Bundesregierung entspricht den Forderungen deutscher Waffenschmieden. Deren Lobbyorganisation, der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV), führt seit Jahresbeginn offiziell einen "strukturierten Dialog" mit dem Verteidigungsministerium, über dessen

Ergebnisse die beiden Institutionen kürzlich in einer gemeinsamen Erklärung informierten. Bezogen auf Rüstungsexporte heißt es hier, deutschen Unternehmen müsse der "internationale Markt im fairen Wettbewerb zugänglich sein" - gestützt auf eine "nachhaltige, breite Akzeptanz" bei Kunden, Auftraggebern und Parlament sowie "in den Medien und in der Öffentlichkeit".[3]

### **Innovationstreiber IT**

Auch die Forschungsförderung war zentrales Thema bei den Beratungen zwischen BDSV und Verteidigungsministerium. Insbesondere die Informationstechnologie (IT) bewerteten die Teilnehmer in diesem Zusammenhang einhellig als "Innovationstreiber für die Entwicklung des Fähigkeitsportfolios der Bundeswehr": "Im Fokus muss weiterhin die Vernetzung der Waffen- und Sensorsysteme im Sinne einer Befähigung zur Vernetzten Operationsführung stehen." Vereinbarung wurde zudem "die verstärkte Nutzung von modernen leistungsfähigen Simulatoren, Trainingsgeräten und Simulationssystemen zur schnelleren Erlangung individueller Qualifikationen und zur Erreichung von Handlungs- und Verhaltenssicherheit im taktischen Einsatz". Falls hierfür die Kooperation mit ausländischen Waffenschmiedern notwendig sein sollte, müsse diese der "Umsetzung von nationalen Interessen" dienen und sei so auszurichten, dass sich ein "Mehrwert sowohl für die Bundeswehr als auch für die Industrie" ergebe, hieß es: "Rüstungsk Kooperationen sollten grundsätzlich aus einer Position der technologischen oder wirtschaftlichen Stärke heraus erfolgen; ein einseitiger Technologieabfluss sollte vermieden werden."[4]

### **Wachstumsmärkte**

Analog zu Bundesregierung und Verteidigungsministerium äußerte sich unlängst Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD). Gabriel führt bereits seit längerem einen "Branchendialog" mit deutschen Waffenschmiedern; beteiligt sind außerdem die hier aktiven Betriebsräte sowie Vertreter der Industriegewerkschaft Metall, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV), des Bundesverbandes der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) und des Verbandes für Schiffbau und Meerestechnik (VSM). Erst im März versprach Gabriel bei einem dieser Treffen, ein "Innovationsförderprogramm" aufzulegen, um "Unternehmen der Verteidigungsbranche beim Einstieg in die Wachstumsmärkte der zivilen Sicherheitstechnologien (zu) unterstützen". Darüber hinaus kündigte der Wirtschaftsminister neue "Exportinitiativen" an - zwecks Flankierung rüstungstechnischer "Kooperationen mit Entwicklungs- und Schwellenländern".[5]

### **Dual Use**

Schon im Herbst letzten Jahres hatte sich Gabriel nach einem "Branchendialog" für die "Optimierung der Genehmigungsverfahren" ausgesprochen, die die Ausfuhr sogenannter Dual-Use-Güter regeln: "Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau ist als exportorientierter Wirtschaftszweig in bestimmten Bereichen von Ausfuhrgenehmigungen für Dual-Use-Güter abhängig. Das sind Güter, die sowohl zivilen als auch militärischen Zwecken dienen können. Die Unternehmen brauchen Planungssicherheit und schnelle Rückmeldungen zu ihren Anträgen."[6] Von einer restriktiven Rüstungsexportpolitik, für die sich der Wirtschaftsminister noch bei Amtsantritt stark gemacht hatte, ist folgerichtig keine Rede mehr - wohl aber von großzügiger Förderung für die "innovative, leistungs- und wettbewerbsfähige nationale Verteidigungsindustrie".[7]

[1], [2] Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland. Berlin 2015.

[3] Bundesministerium der Verteidigung/Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie: Rüstungsdialog auf gutem Weg. Berlin 2015.

[4] Bundesministerium der Verteidigung/Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie: 1. Ergebnisbericht. Dialog zu Themen der Agenda Rüstung zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) und dem Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV). Berlin 2015.

[5] Positive Bilanz beim 2. Branchendialog "Verteidigungswirtschaft". www.bmwi.de 26.03.2015.

[6] Gabriel: Neue Clearingstelle für Dual-Use-Güter schafft Planungssicherheit und verkürzt Genehmigungszeiten. www.bmwi.de 16.10.2014.

[7] Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland. Berlin 2015.

